

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz in Pärnu, Estland, vom 25. bis 27. August 2013

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz [Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)] in Pärnu am 27. August 2013 verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen der 22. BSPC sowie dem Ostseeaktionsplan der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) und seiner Umsetzung weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
3. Der Landtag begrüßt,
 - a) dass wesentliche - seiner Beschlusslage entsprechende sowie von der Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“ unter seiner aktiven Mitwirkung erarbeitete - Handlungsempfehlungen von der 22. BSPC aufgegriffen worden sind und ihren Niederschlag in der Resolution gefunden haben;
 - b) dass der Ständige Ausschuss der BSPC den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat,
 - sein Engagement bei der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei HELCOM durch seine Präsidentin Sylvia Bretschneider fortzusetzen,
 - sein Engagement im Rahmen maritimer Politiken in der Ostseeregion durch den Abgeordneten Jochen Schulte als Berichterstatter der BSPC für Maritime Politik fortzusetzen;
 - c) die Einrichtung der Arbeitsgruppe „Innovationen im Sozial- und Gesundheitswesen“;

- d) die - im Einklang mit dem Beschluss des Landtages zu dem Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1214 erfolgte - Übertragung des Mandates zur Ausrichtung der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz im Jahre 2015 in Mecklenburg Vorpommern sowie die einstimmige Berufung seiner Präsidentin Sylvia Bretschneider zur Vizevorsitzenden der BSPC im Geschäftsjahr 2013/2014.

Der Landtag anerkennt die damit verbundene Auszeichnung und Verpflichtung. Denn Artikel 11 seiner Verfassung verpflichtet das Land zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere im Ostseeraum. Die Aktivitäten im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz zeigen, dass hoher Einsatz und intensive Arbeit die Interessen des Landes im Ostseeraum voranbringen. Vor diesem Hintergrund wird der Landtag die mit seinem Engagement in der BSPC verbundenen Aufgaben weiterhin aktiv wahrnehmen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmvorschläge, insbesondere im Hinblick auf die Themenfelder

- a) Zusammenarbeit,
- b) Wirtschaftswachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit
- c) nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz
- d) Kreatives Unternehmertum

in der Ostseeregion einzusetzen, sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen sowie den Landtag im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung über die diesbezügliche Entwicklung im Ostseeraum insbesondere auch über den Stand der Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmvorschläge im Land zu unterrichten.

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Vincent Kokert und Fraktion

Helmut Holter und Fraktion

Jürgen Suhr und Fraktion

Begründung:

Auf Einladung des estnischen Parlaments versammelten sich am 25. bis 27. August 2013 über 200 Teilnehmer, Delegierte der nationalen und regionalen Parlamente der Ostseeanrainerstaaten sowie parlamentarischer Vereinigungen, Experten, zahlreiche politische Beobachter und Vertreter von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und anderen Vereinigungen unterschiedlicher Ebenen sowie Gäste zur 22. Ostseeparlamentarierkonferenz in Pärnu, Estland.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wurde durch die Präsidentin Sylvia Bretschneider, die Dritte Vizepräsidentin Silke Gajek, die Abgeordneten Detlef Müller, Wolf-Dieter Ringguth und Dr. André Brie vertreten. Außerdem haben die Abgeordneten Jochen Schulte als Maritimer Berichterstatter und der Abgeordnete Jürgen Seidel für die Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“ teilgenommen. Die inhaltlichen Tagungsschwerpunkte waren „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“, „Wirtschaftliches Wachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion“, „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“, „Kreative Ostseeregion - die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen für kreatives Unternehmertum“.

Der Delegation des Landtages ist es gelungen, Handlungsempfehlungen, die seiner Beschlusslage insbesondere zum 11. Parlamentsforum Südliche Ostsee aus dem Frühjahr 2013 entsprechen, in die Resolution der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz einfließen zu lassen.

Als Maritimer Berichterstatter der BSPC stellte der Abgeordnete Jochen Schulte seine Arbeit im vergangenen Jahr im Rahmen eines Vortrages und durch einen schriftlichen Bericht vor. Die Präsidentin des Landtages Sylvia Bretschneider legte gemeinsam mit der Abgeordneten des finnischen Nationalparlaments Christina Gestrin einen umfassenden schriftlichen Bericht über die Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei der Helsinki Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes HELCOM vor, den sie im Plenum mündlich vorstellte.

Die Mandate der Präsidentin Sylvia Bretschneider als HELCOM-Beobachterin der BSPC und des Abgeordneten Jochen Schulte als Maritimer Berichterstatter der BSPC wurden verlängert.

In Wahrnehmung des Auftrages des Landtages aus dem Beschluss zu dem Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1214 (dort Ziffer 4.) hatte sich die Präsidentin Sylvia Bretschneider dafür eingesetzt, dass der Landtag von der BSPC das Mandat zur Ausrichtung der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz im Jahre 2015 erhält. Diesem Bestreben hat die BSPC entsprochen und die Präsidentin Sylvia Bretschneider darüber hinaus zu seiner Vizevorsitzenden für das Geschäftsjahr 2013/2014 bestimmt.

Die wesentlichen inhaltlichen Themenschwerpunkte der Entschließung der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz beziehen sich im Hinblick auf **die Zusammenarbeit in der Ostseeregion** auf die effektive und systematische Umsetzung der gemeinsamen Projekte in der Ostseeregion unter der Zuhilfenahme der regionalen Kooperationsstrukturen wie der Nördlichen Dimension und den Regionalräten. Gleichzeitig fordert die BSPC die Herabsetzung bürokratischer und physischer Hürden wie Zollbestimmungen und -verfahren sowie die Beseitigung von Visabeschränkungen zwischen Schengen-Staaten und Nicht-Schengen-Staaten, um die Mobilität in der Region zu erhöhen. Auch zur Bekämpfung der Eutrophierung wird eine engere Kooperation zwischen den Ostseestaaten angestrebt, besonders beim Ausbau von Wasseraufbereitungskapazitäten. Um zivilgesellschaftliches Engagement in der Region zu stärken, sollen auch nichtstaatliche Organisationen in ihrer Tätigkeit unterstützt werden. Dazu zähle auch, die Bedeutung des Ostsee-Jugendsekretariats für die Zusammenarbeit im Jugendbereich in der Ostseeregion anzuerkennen und dessen Arbeit sowie die Einsetzung eines jährlich stattfindenden Ostsee-Jugendforums zu unterstützen.

In Bezug auf **Wachstum, Innovationen, Kreativität und Unternehmertum in der Ostseeregion** fordert die Konferenz, Aufklärungsmaßnahmen im Hinblick auf die Notwendigkeit von Innovationen für die nachhaltige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Region zu initiieren und zu unterstützen, da Innovationen als wichtiges Element bei der Herstellung von Waren und Bereitstellung von Dienstleistungen zu verstehen seien. Dies schließt nach Auffassung der Konferenz die Förderung eines günstigen Innovationsklimas ein und soll durch die Entwicklung nationaler Innovationsprogramme und -strategien unterstützt werden. Es wird weiterhin gefordert, dass Innovationen einen höheren Stellenwert in der Bildung einnehmen und beispielsweise in den Lehrplan als eigenes Themenfeld eingegliedert werden. Innovative Dienstleistungen und Unternehmen sollen mittels steuerlicher und wirtschaftlicher Anreize unterstützt werden. Dazu gehört nach Auffassung der BSPC ebenfalls die Gewährleistung der Verfügbarkeit von und der Zugang zu Mitteln und Anschubfinanzierungen. Gleichzeitig muss die Bedeutung von Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor in der Ostseeregion zur Kenntnis genommen und die Einsetzung der Pilot-Finanzinitiative des Ostseerates (CBSS Pilot Financial Initiative, PFI) als neuem Mechanismus der Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor begrüßt werden.

Im Hinblick auf den Bereich **grünes Wachstum und Energieeffizienz** setzt man sich für die Maßnahmen zur Schaffung eines öffentlichen Bewusstseins ein. Geklärt werden soll, inwieweit grünes Wachstum und Energieeffizienz das Sozialsystem und die wirtschaftliche Entwicklung in der Region unterstützen kann.

Um innovative Lösungen für ein grünes Wachstum zu unterstützen wird die Stärkung eines grünen öffentlichen Beschaffungswesens gefordert. Daneben konstatierte die Ostseeparlamentarierkonferenz die Notwendigkeit, Finanzierungsprogramme weiterzuentwickeln und umzusetzen, die grünes Wachstum und Energieeffizienz fördern.

Ebenso sollen rechtliche Bestimmungen entwickelt werden, welche die innovative Finanzierung von Energieeffizienzinvestitionen in Infrastruktur, Unternehmen und Gebäuden unterstützen.

Da die Unterstützung von Innovationsleistungen im maritimen Sektor eine besondere Bedeutung für die Region hat, wird die Investition in Forschung und Entwicklung in Meerestechnologien sowie dem neu entstehenden maritimen Sektoren befürwortet. Ebenfalls wird gefordert, die Entwicklung neuer sauberer Technologien zu fördern und die Nutzung der besten derzeit vorhandenen Technologien zu unterstützen, auch um die Sicherheit im Seeverkehr zu gewährleisten und saubere Treibstoffe sowie energieeffiziente Lösungen zu entwickeln. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Verschärfung der Grenzwerte für Schwefelemissionen in den Schwefelemissions-Kontrollzonen setzt sich die BSPC für die Gründung einer „Plattform für grüne Technologie und alternative Treibstoffe im Bereich der Seeschifffahrt“ („Green Technology and Alternative Fuels Platform for Shipping“) ein - ein Aspekt, der erstmalig von der Delegation des Landtages in die Beratungen eingebracht worden war.

In Bezug auf den Menschenhandel sieht es die Ostseeparlamentarierkonferenz für unerlässlich an, die zehn Empfehlungen der Berichterstatter über Menschenhandel der Ostseeparlamentarierkonferenz aus dessen Abschlussbericht aufzugreifen.

Es wurde dem Arbeitsprogramm der Ostseeparlamentarierkonferenz für das Jahr 2014 zugestimmt. Die BSPC hat die Einrichtung der Arbeitsgruppe „Innovationen für soziale Betreuung und Gesundheitsversorgung“ beschlossen, die im Rahmen der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz einen ersten Bericht vorlegen soll. Das bedeutet gleichzeitig, dass der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe nach Ablauf ihres zweijährigen Mandates im Rahmen der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz in Mecklenburg-Vorpommern vorzulegen sein wird.

Die 23. Ostseeparlamentarierkonferenz wird vom 24. bis 26. August 2014 in Olsztyn, Polen, stattfinden.

Konferenzablauf der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz, 27. bis 28. August 2013 in Pärnu

Nach Eröffnung der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz durch die Vorsitzende der Ostseeparlamentarierkonferenz **Laine Randjärv**, hob **Toomas Hendrik Ilves**, Präsident der Republik Estland, in seinem Vortrag die Innovationskraft Estlands hervor. Das Land habe seit seiner Unabhängigkeit alles daran gesetzt, die Grundlage für eine nachhaltige Zukunft zu schaffen. Besonders die Internetbranche spiele in Estland eine besondere Rolle für den wirtschaftlichen Erfolg des Landes. Estland garantiere per Gesetz den Zugang zum Internet und lege damit die Grundlage für eine internetaffine Kultur innerhalb der Bevölkerung. In Estland habe jeder Bürger eine Identitätskarte, die sämtliche Behördenvorgänge digitalisiere. Banküberweisungen, Arztbesuche oder Wahlgänge seien Beispiele für den alltäglichen Einsatz der Karte. Das innovative Klima begünstige die Neuansiedlung von jungen Unternehmen. Doch es gebe vor allem bei der internationalen Kooperation noch Ausbaupotenzial. Der Grundsatz des freien Verkehrs von Dienstleistungen müsse noch entschiedener umgesetzt werden. Auf dem Gebiet der elektronischen Dienstleistungen sei eine stärkere Einschränkung des Protektionismus vieler EU-Länder notwendig. Um den gegenseitigen Handel zu fördern, solle die Weiterentwicklung der Infrastruktur einschließlich Energie- und Verkehrsverbindungen von den Ostseeanrainerstaaten vorangetrieben werden. Dazu gehöre auch der Ausbau von Direktflügen zwischen den Metropolen der Region.

Ene Ergma, Präsidentin des estnischen Parlaments, stellte die Kreativität und Innovationsfähigkeit der Ostseeanrainerstaaten heraus. Es gebe jedoch noch große Potenziale bei der Zusammenarbeit im Ostseeraum. Besonders die Hochschulkooperation sei von großer Bedeutung für die Region. Innovation und Wettbewerbsfähigkeit müssten aber auch mit Verantwortung einhergehen. Der politischen Rechenschaftspflicht sei in vorherigen Jahren nicht hinreichend nachgekommen worden. Die weltweite Wirtschaftskrise sei ein Ergebnis dieser Verantwortungslosigkeit gewesen, die zu einem großen Vertrauensverlust in der Bevölkerung geführt hätte.

Erster Sitzungsabschnitt: Zusammenarbeit in der Ostseeregion

Laine Randjärv (Vorsitzende der BSPC) verwies auf den wirtschaftlichen Aufschwung in den baltischen Ländern nach der Wirtschaftskrise, welcher der Innovationskraft der Region zu verdanken sei. Innovation stärke den wirtschaftlichen Fortschritt, belebe den weltweiten Wettbewerb und verbessere den sozialen Wohlstand. Hohes Potenzial für Innovationen bestehe in den aufstrebenden Märkten des Grünen Wachstums, der Energieeffizienz, der maritimen Wirtschaft sowie der Lebenswissenschaften. Es sei aber nur folgerichtig, auch im Verwaltungssektor Innovation zu stärken. Die neu lancierte BSPC Arbeitsgruppe "Innovationen für soziale Betreuung und Gesundheitsversorgung" sei deshalb zeitgemäß. Estland habe erst kürzlich ein Reinraumlabor in Tallinn eröffnet, dort würden Methoden für Zelltherapien entwickelt, die medizinische Behandlungsansätze für den Weltmarkt lieferten. Das estnische Genomzentrum der Universität Tartu sei ein weiteres Beispiel für Innovationen im Gesundheitssektor des Landes. Dort sammle und verwalte man in einer Biobank fünf Prozent der genotypischen, phänotypischen und genealogischen Informationen der estnischen Bevölkerung.

Die Arbeitsgruppe für „Grünes Wachstum und Energieeffizienz“ habe die wirtschaftlichen Chancen des Grünen Wachstums hervorgehoben, die mit ökologischen Fortschritten einhergingen. Politik müsse aber auch die Herausforderungen des Fortschritts angehen. Die Bekämpfung des Menschenhandels beispielsweise könne nur mit hinreichenden Ressourcen und im Rahmen internationaler Zusammenarbeit effektiv sein.

Ebenso stelle die Wiederherstellung eines guten ökologischen Status der Ostsee eine große Herausforderung dar. Die Erhöhung der Abwasseraufbereitungskapazitäten in der Ostseeregion könne eine Möglichkeit sein, die Wasserqualität der Ostsee zu verbessern. Der HELCOM Ostseeaktionsplan bleibe in diesem Zusammenhang weiterhin der zentrale Fahrplan für die Herstellung eines guten ökologischen Zustands der Ostsee bis 2021.

Die Beziehung zwischen der Ostseeparlamentarierkonferenz und der Ostseeregion sei eine starke Partnerschaft, in der zwischen politischen Prioritäten und praktischen Maßnahmen effizient vermittelt werde. Auch die Einbindung von Nicht-EU-Staaten in die Ostseestrategie sei zu begrüßen und solle weiter ausgebaut werden.

Aufholbedarf gebe es bei der Kooperation der BSPC mit Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Jugendverbänden. Mit finanzieller und legislativer Unterstützung müsse deren Rolle zukünftig gestärkt werden.

Die Resolution der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz sei auf große Resonanz bei den Regierungen der Ostseeregion gestoßen. Zunehmend gebe es Erwiderungen, in denen umfassend auf die Handlungsempfehlungen eingegangen werde. Daraus sollten die Parlamentarier eine Bestätigung für ihre Arbeit ziehen und sich in ihren Anstrengungen bestärkt fühlen.

Sergey Petrovich (Stellvertretender Direktor des Zweiten Europäischen Referats des Außenministeriums der Russischen Föderation, Vorsitzender des Ausschusses hoher Beamter im Ostseerat) sprach zum Ende der Präsidentschaft Russlands beim Ostseerat. Fokus der russischen Präsidentschaft habe auf der 2008 initiierten Reform des Ostseerates gelegen. Russland habe die Entwicklung des Ostseerates hin zu einer zunehmend projektorientierten Organisation bestärkt.

Mit der Weiterführung der Initiative zur Modernisierung der Südöstlichen Ostseeregion durch regionale Zusammenarbeit (SEBA) gemeinsam mit Deutschland habe man einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung dieser Region geleistet. Auf der abschließenden Konferenz im Juni 2013 in Kaliningrad seien die bisher erzielten Ergebnisse der Initiative zusammengefasst worden, darunter falle die Schaffung eines Naherholungsgebiets an der Grenze der Region Kaliningrads. Die mögliche Anbindung Kaliningrads an das Wassertourismusnetzwerk der Ostsee sei dort ebenfalls diskutiert worden.

Vom 5. bis 6. April 2013 habe sich das Ostseeforum in St. Petersburg unter dem Vorsitz Russlands zusammengefunden. Im Anschluss an den 2010 stattgefundenen Ostseegipfel hätten die Minister der Ostseestaaten zu den Themen des Ostseeschutzes beraten. Ziel sei gewesen, die Möglichkeiten engerer Kooperation beim nachhaltigen Wachstum auszuloten. Ein Ergebnis des Gipfels sei die Gründung der St. Petersburg Initiative, welche sich zum Ziel gesetzt habe, den Nichtregierungssektor durch ein Beratungsgremium stärker in die Zusammenarbeit einzubinden.

Satu Matilla (Botschafterin des Finnischen Außenministeriums) trug der Konferenz die Leitlinien der Finnischen CBSS-Präsidentschaft 2013/2014 vor. Unter dem Motto einer „sauberen, sicheren und smarten Ostsee“ stehe vor allem das Ziel der Kontinuität im Vordergrund des finnischen Vorsitzes. Damit auch künftig der CBSS eine führende Rolle im Ausbau von Partnerschaften zwischen regionalen Akteuren spiele, sei es die Absicht des finnischen Vorsitzes, die Zusammenarbeit zwischen Institutionen wie der BSPC auch weiterhin zu fördern. Dabei nehme die Zusammenarbeit von Mensch zu Mensch eine große Rolle ein, regionale Kooperation könne dadurch unterstützt werden und Nichtregierungsorganisationen hätten die Möglichkeit sich einzubringen.

In der gemeinsamen Meerespolitik verfolge die finnische Präsidentschaft das Ziel, die Entwicklung sauberer Schiffstechnik weiter voranzutreiben. Dabei werde ein Schwerpunkt auf die Weiterentwicklung alternativer Kraftstoffe gelegt, sowie auf intelligente Verkehrslösungen und auf eine verbesserte maritime Sicherheit. In Bezug auf die zivile Sicherheit im Ostseeraum werde sich der finnische Vorsitz auf Nuklear- und Strahlungssicherheit konzentrieren sowie die Vermeidung und Handhabung von maritimen Unfällen.

Im Oktober 2013 übernehme Finnland die Präsidentschaft des Arktis- und Barentsrates. Finnland stelle sich die Aufgabe, die Synergien zwischen den beiden Einrichtungen zu verbessern.

Daria Akhutina (Generaldirektorin Nordischer Verband, St. Petersburg) berichtete über das 11. Ostsee Forum der Nichtregierungsorganisationen (NRO). Zu dem Thema „Toleranz und kulturelle Diversität im Ostseeraum“ fand die Veranstaltung am 16. und 17. April 2013 in St. Petersburg statt. Das Forum habe sich seit der Gründung 2001 zu einer Einrichtung entwickelt, die den Dialog zwischen NROs und staatlichen Stellen zu unterschiedlichsten Themen ermögliche. In verschiedenen Arbeitsgruppen sei zum Thema Fremdenfeindlichkeit und Rassismus mit mehr als 300 Teilnehmern aus CBSS Ländern und aus den Regionen Nordwestrusslands diskutiert worden. Dabei sei nach effektiven Mechanismen gesucht worden, um Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus mit Toleranz zu bekämpfen. Die Erwartungen und Herausforderungen in multikulturellen Gesellschaften seien ebenso wie Flüchtlings- und Migrationsfragen konkrete Themen gewesen, zu denen Empfehlungen beraten wurden. Abschließend sei eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet worden, welche die wichtige Rolle von NGOs im demokratischen Zusammenleben im Ostseeraum herausstelle und gezielte Forderungen an staatliche Akteure zur Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen und Toleranz in der Region formuliere.

Monika Stankiewicz (Exekutivsekretärin der Helsinki Kommission (HELCOM)) berichtete über den Fortschritt der Umsetzung des Ostseeaktionsplans mit Hinblick auf das im Oktober stattfindende Ministertreffen in Kopenhagen. Sie informierte über die Eutrophierung in der Ostsee. Obwohl die Ostsee in Teilen von Natur aus eutroph sei, seien entschiedene Schritte notwendig, den Nährstoffeintrag zu verringern und die menschengemachte Nährstoffanreicherung einzudämmen. Zwar sei seit dem Bestehen des Ostseeaktionsplans eine erhebliche Verbesserung eingetreten in Form von einer 40-prozentigen Reduzierung des Stickstoff- und Phosphoreintrags in die Ostsee, doch um einen zufriedenstellenden Zustand wiederherzustellen, bedürfe es weiterer Maßnahmen hinsichtlich der Obergrenzen bei Nährstoffeinträgen. Vor allem die Konsequenzen des globalen Klimawandels trügen dazu bei, den Zustand der Ostsee zu verschlechtern. Daraus resultiere, dass noch entschlosseneren Maßnahmen ergriffen werden sollten. HELCOM setze sich auch im diesjährigen Ministertreffen dafür ein, neue Obergrenzen zu vereinbaren, die den Nährstoffeintrag maßgeblich senken.

Pat the Cope Gallagher (Mitglied des Europäischen Parlaments) erläuterte die EU-Strategie für den Ostseeraum. Ende Februar 2013 sei dem überarbeiteten Aktionsplan zugestimmt worden. Darin habe man sich auf drei Ziele verständigt: die Rettung der Ostsee, die Förderung einer engeren Vernetzung der Ostseeregion und die Steigerung des Wohlstands in der Region. Diese Ziele müssten unter Berücksichtigung von ökologischen und wirtschaftlichen Aspekten verfolgt und rasch umgesetzt werden.

Lars Kascha (Vertreter des Ostseejugendsekretariats) sprach zur Einrichtung und Finanzierung eines Ostseejugendforums. Verschiedene Interessenvertreter in der Region hätten in Gesprächen fehlende Strukturen bemängelt, die eine intensivere Einbindung der Jugend in die politische Arbeit des Ostseeraumes erlaubten. Es fehle an Strukturen, die einzelne Projekte und Programme untereinander vernetzen würden.

Um diesem Bedarf nachzukommen, habe sich das Ostseejugendsekretariat mit dem Sekretariat der Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (BSSSC) in Uusimaa und dem Jugendamt der Russischen Föderation zusammengeschlossen und sich um Startkapital bei der EU-Strategie für den Ostseeraum (EUBSSR) beworben. Man habe Kontakt zu verschiedenen Interessenvertretern aufgenommen, um mit der Organisation des Forums zu beginnen. Ein erstes Stakeholder-Treffen sei im November in Vilnius geplant. Ziel des Forums werde die Zusammenführung verschiedener Jugendorganisationen im Ostseeraum sein, um ihre Positionen gebündelt vorzubringen und damit ihren Einfluss zu stärken.

Debatte

Olena Netetska (Parlamentarische Versammlung für die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum (PABSEC)) stellte die Gemeinsamkeiten beider Organisationen heraus. Die Ostseeparlamentarierkonferenz ebenso wie die PABSEC beschäftigten sich gleichermaßen mit wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ökologischen Themen. Daher sei es sinnvoll, zu diesen Themen zusammenzuarbeiten. Besonders der medizinische Tourismus könne ein vielversprechendes Betätigungsfeld für beide Organisationen sein.

Frau Netetska lud die Versammlung zur Teilnahme an der 42. PABSEC Generalversammlung am 18. und 19. Dezember in Tiflis ein.

Benny Engelbrecht (Abgeordneter, Dänemark) sprach zu den Rechten sexueller Minderheiten in der russischen Föderation. Homosexuelle Menschen würden zunehmend Opfer von Hassdelikten in der russischen Föderation. Die neuen Rechtsvorschriften Russlands schränkten das Recht der freien Meinungsäußerung gravierend ein. Diese Gesetze stünden einer engeren Zusammenarbeit im Ostseeraum entgegen.

Sylvia Bretschneider (Landtagspräsidentin Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland) stellte im Rahmen ihres Beobachtermandates bei HELCOM den jährlichen Beobachterbericht vor. Er beschreibe die umfangreichen Aktivitäten HELCOMs und belege die Zusammenarbeit mit der BSPC. Man habe gemeinsam an verschiedenen Konferenzen und Veranstaltungen teilgenommen, wie beispielsweise dem Parlamentsforum Südliche Ostsee im Juni 2013 in Schwerin. Für das diesjährige HELCOM Ministertreffen habe man die 21. BSPC Resolution übermittelt und vorgeschlagen, daraus konkrete Forderungen zu den Bereichen „Umwelt“, „Zusammenarbeit im Energiesektor“, „Energieeffiziente Wirtschaft“ sowie „Integrierte Meerespolitik“ in die Ministerdeklaration aufzunehmen.

Christina Gestrin (Abgeordnete, Finnland) betonte die Bedeutung der EU-Strategie für den Ostseeraum. Mit dem Fokus auf Umweltschutz trage die Strategie auch wesentlich zur Wettbewerbsfähigkeit der Region bei, da der Umweltzustand der Ostsee einen direkten Einfluss auf die Gesundheit und das Wohlbefinden habe.

Vatanyar Yagya, (Abgeordneter St. Petersburg) unterstrich die Notwendigkeit von Toleranz in der internationalen Zusammenarbeit. Für ein vertrauensvolles Miteinander müsse die Gesetzgebung souveräner Staaten respektiert werden.

Axel Jonsson (Abgeordneter, Åland-Inseln) sprach sich für die Auslobung eines BSPC Umweltpreises aus. So könne die Ostseeparlamentarierkonferenz zum einen ihr öffentliches Profil stärken und zum anderen innovative Ideen im Umweltsektor unterstützen.

Franz Thönnies (Abgeordneter, Deutschland) unterstützte die Stellungnahme Benny Engelbrechts, er sei besorgt, wie Rechte nichtstaatlicher Institutionen eingeschränkt und Minderheiten in Russland in ihren gesellschaftlichen Aktivitäten behindert würden.

Er begrüße den Ansatz des finnischen CBSS Vorsitizes, weiterhin auf Kontinuität zu bauen.

Er verwies auf das jährliche Baltic Sea Labour Forum, das als Plattform diene, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Verwaltung und andere Interessengruppen zusammenzubringen. Auch müsse die Visa-Liberalisierung weiter voran gebracht werden, um die Zusammenarbeit in der Region zu erleichtern.

Zweiter Sitzungsabschnitt: Wirtschaftliches Wachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion

Prof. Erik Terk (Direktor des Instituts für Zukunftsforschung, Universität Tallinn) trug vor zu Chancen und Herausforderungen für die Ostseeregion in einem sich wandelnden geoökonomischen Bezugsrahmen. Europas Stellung als Wirtschaftsmacht verändere sich in der Welt mit dem Aufstreben asiatischer Staaten.

Europa habe sich in den letzten Jahren stärker nach Osten geöffnet, diese Dynamik betreffe auch die Länder des Ostseeraums. Die baltischen Staaten könnten ihre geografische Lage nutzen, um sich als Transitgebiet und Kooperationsplattform hervorzutun. Jedoch resultiere daraus die Problematik für neue EU-Staaten, wie sie sich in der Wertschöpfungskette der EU positionierten. Eine Weiterentwicklung der Wirtschaft müsse dafür aktiv betrieben werden. Besonders die Verflechtung mit der internationalen Wirtschaft spiele für das Wirtschaftswachstum in der Region eine große Rolle. Der Ausbau einer gemeinsamen touristischen Infrastruktur könne ein lohnendes Projekt für die Region sein, ebenso wie die Umsetzung der Rail Baltica.

Heikki Uusi-Honko (Verwaltungsdirektor, Nordic Innovation) stellte die Betätigungsfelder des Referats „Nordische Innovationen“ beim Nordischen Ministerrat für Wirtschaftsangelegenheiten vor. Der Fokus des Referats liege auf der Anregung von Innovationen und der Verbesserung der Rahmenbedingungen für nordische Märkte und Exporte. Das Ziel sei es, einen „nordischen Mehrwert“ zu generieren, indem Kooperationsmöglichkeiten aufgetan würden, die Sichtbarkeit verbessert, eine kritische Masse hergestellt und Kosteneffizienz und Koordination von Projekten geprüft und verbessert würden. Zehn Initiativen seien 2013 betreut worden, darunter Projekte zum Unternehmertum und zum freien Warenverkehr.

Dr. Silvia Stiller (Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut) referierte zur Ostseeregion und deren Innovationspotenzialen und zukünftigen Herausforderungen.

Die einzelnen Staaten des Ostseeraums stünden auf verschiedenen Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung, damit gingen Herausforderungen und Chancen für die ganze Region einher. Durch gezielte Investitionen in dem Bereich der wissensbasierten Industrie könne der Rückstand der baltischen Staaten und Polen aufgeholt werden.

Gleichzeitig ergebe sich aus dem Ausbau dieser Industrien ein Synergieeffekt mit den Nachbarstaaten, die zum Erfolg der ganzen Region beitragen könnten.

Um diesen Fortschritt zu stemmen, bräuchte es jedoch ausreichend gut ausgebildete Fachkräfte. Im Zuge des demografischen Wandels stelle sich dies aber als eine zukünftige Herausforderung für die Ostseeregion in Gänze dar.

Vielversprechend sei die gute Vernetzung in der Bildungslandschaft der Region. Daraus entstehe ein wünschenswerter „Wissens-Spill-Over“, welcher Innovationen generiere. Diese Art der Kooperation könne im Gegensatz zur Abwanderung von qualifizierten Fachkräften ins Ausland - dem sogenannten „Brain Drain“ - eine „Brain Circulation“ begünstigen, also einen Austausch und Umlauf von qualifizierten Fachkräften.

Dr. Andris Andrusaitis (Programmmanager, Bonus) betonte die zentrale Rolle der Wissenschaft bei der Gewährleistung des Wohlstands in der Region.

BONUS als Forschungs- und Entwicklungsprogramm für den Ostseeraum unterstütze mit einem Budget von 100 Millionen Euro für 2011 bis 2017 die wissenschaftliche Forschung in der Region maßgeblich. Ziel sei es, das Forschungsnetzwerk der Ostseestaaten zu einem stabilen interdisziplinären und multinationalen System zu entwickeln. Förderungsschwerpunkte seien u. a. die integrierte Bewirtschaftung von Küstengebieten, Informations- und Kommunikationsdienstleistungen und nachhaltige Fischzucht. Ein Beispiel für die Förderung nachhaltiger Wissenschaft des Programms sei die maritime Abfallwirtschaft. Dort lege man Wert auf ein umfassendes Konzept, das neben der Verringerung von Abfällen auch die Wiederverwendung von Ressourcen sowie die Suche nach nachhaltigen Rohstoffen beinhalte. Damit stelle man sich schon heute zukünftigen Herausforderungen, da beispielsweise Rohstoffe wie Aluminium, Eisen, Nickel, Silber, Gold und Indium in den kommenden Jahren immer knapper würden.

Jari Kaivo-oja (Forschungsdirektor, Zukunftsforschungszentrum der Universität Turku, Finnland) sprach zu den sich wandelnden gesellschaftlichen Strukturen in der Ostseeregion. Als Kernthemen des aktuellen Wandels könnten der Klimawandel, das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungsverhältnisse und die Einkommensverteilung identifiziert werden.

Grünes Wachstum könne in der gesamten Ostseeregion als Motor für Erneuerungen und Innovationen in all diesen Bereichen dienen. Dafür müssten die Ostseestaaten engere strategische Kooperation eingehen. Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung könne eine engere Vernetzung der Arbeit untereinander zur effizienteren Nutzung von Ressourcen dienen. Die Region müsse stärker ihre führende Rolle als Innovationsmotor herausstellen, um in der Europäischen Union für adäquate Zuwendungen und Unterstützung zu werben.

Björn Söderberg (AcceleraceLife, Schweden) und **Külle Tärnov** (Science Park Technopol, AcceleraceLife, Estland) erläuterten, wie der Gesundheitssektor durch Innovationen in den Ostseestaaten nachhaltig gestaltet werden könnte. Für die Regierungen der Ostseeanrainer sei es zunehmend schwierig, den Herausforderungen vor dem Hintergrund steigender Kosten im Gesundheitswesen, einer alternden Bevölkerung, des Fachkräftemangels ebenso wie der Belastung des Systems durch chronische Erkrankungen gerecht zu werden. Aber auch Unternehmer im Gesundheitswesen stünden vor neuen Problemen; so werde ein fehlender Zugang zu umfassenden Gesundheitsdaten, mangelndes Investitionskapital und ein kompliziertes Rückerstattungssystem bemängelt.

Für eine nachhaltige Gesundheitsversorgung, welche die Probleme für Regierungen und Unternehmen erfolgreich löse, müsse darum zum einen Kapital für neue Geschäftsmodelle bereit gestellt werden und der Einsatz von Informationstechnologie in der Gesundheitsbranche erhöht werden. Zum anderen solle man Spitzenforschung unterstützen und den Zugang zu offiziellen Daten für Unternehmer gewähren. Um junge Firmen bei der Umsetzung innovativer Geschäftsideen im Gesundheitssektor zu unterstützen, die diesen Ansprüchen gerecht würden, habe man ein Programm entworfen. Firmen könnten sich mit ihrer Geschäftsidee bewerben und würden, wenn ausgewählt, durch gezielte Förderung für ein Jahr unterstützt. Relevante Netzwerke, ausreichende Finanzierung ebenso wie Einzelcoaching durch Experten seien ein Teil des Programms.

Debatte

Wille Valve (Abgeordneter, Åland) stellte Fischzucht als nachhaltige Innovation für die Ostsee vor. Geschlossene Aquakulturen seien die Antwort auf verschwindende Fischbestände und Überfischung in der Ostsee. Im Gegensatz zu Netzgehegen werde durch diese Methode nicht unkontrolliert Phosphor in die Ostsee eingeleitet – sie sei damit ökologischer. Er begrüße die aktuellen Entwicklungen, geschlossene Aquakulturen in Kanada, Dänemark und Chile zu etablieren. Er hoffe, dass in der Zukunft ein Abkommen für die Ostsee vereinbart werde, durch das diese Methode als einzige Fischzuchtmethode für die Ostsee ausgewiesen werde.

Christel Happach-Kasan (Abgeordnete, Deutschland) erläuterte, dass Innovation die treibende Kraft für Wirtschaftswachstum sei. Innovation werde in den Bereichen Kommunikation, Gesundheitswesen und Umweltschutz benötigt.

Franz Thönnies (Abgeordneter, Deutschland) stimmte mit Dr. Silvia Stiller überein, dass Bildung die Grundvoraussetzung für Innovation sei. Ebenso müsse der Zugang zu Innovationen unabhängig von Alter und Wohnort gewährleistet sein.

Kimmo Tiilikainen (Abgeordneter, Finnland) stellte heraus, dass Phosphor einen großen Einfluss auf die Eutrophierung der Ostsee habe. Gleichzeitig gewährleiste die Nutzung von Phosphor in der Landwirtschaft die ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln. Darum setze er sich für die Erforschung von Phosphor-Recycling ein.

Dritter Sitzungsabschnitt: Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz

Cecilie Tenfjord-Toftby (Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Grünes Wachstum und Energieeffizienz“) präsentierte den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe. Sie erklärte, dass die Ostseeregion mit 85 Millionen Menschen die Fähigkeit habe, zu einem entscheidenden Akteur im Bereich „Grünes Wachstums und der Energieeffizienz“ zu werden.

Wirtschaftswachstum müsse mit der Konservierung der natürlichen Ressourcen der Region einhergehen, daher sei die Förderung des „Grünen Wachstums“ die beste Strategie für eine nachhaltige Entwicklung der Region. Die im August 2011 ins Leben gerufene Arbeitsgruppe stelle heute ihren abschließenden Bericht vor. Es seien acht Handlungsempfehlungen erarbeitet worden, die an die Regierungen zur Umsetzung gerichtet seien. Darin fordere die AG die Bereitstellung von Finanzierungen für die regionale Entwicklung von „grünen“ Wachstumsinitiativen. Ebenso sei der Aufbau eines umweltgerechten öffentlichen Beschaffungswesens von großer Bedeutung, um neue Märkte zu erschließen und Innovationen zu unterstützen.

Zur Erzielung erheblicher Skaleneffekte im Grünen Wachstum müssten Bauvorschriften und technische Standards in der Region vereinheitlicht werden. Des Weiteren sei es notwendig, die Europäische Union bei der Verbesserung des Emissionshandels zu unterstützen. Der Netzausbau müsse ebenso vorangetrieben werden, um Versorgungssicherheit zu garantieren. Gleichsam sei die Unterstützung bei der Entwicklung von neuen Schiffsbrennstoffen ein wichtiger Aspekt bei der Förderung einer „grünen Wirtschaft“. Abschließend sei auch die Sensibilisierung der privaten Haushalte und Unternehmen zu diesen Themen von großer Bedeutung.

In der Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz habe man diese Empfehlungen in vier Kernthesen zusammengefasst. In den vergangenen Jahren sei es deutlich geworden, dass es ein wachsendes Bewusstsein für diese Themen gebe, dennoch müsse zukünftig noch intensiver für die „grüne Wirtschaft“ geworben und auf eine zügigere Umsetzung der nötigen Maßnahmen gedrungen werden.

Timo Mäkelä (Direktor für internationale Angelegenheiten, Generaldirektion Umwelt, Europäische Kommission) stellte den „Fahrplan“ der Europäischen Kommission für ein ressourceneffizientes Europa vor. In den vergangenen 50 Jahren sei ein gravierender Anstieg des Verbrauchs fossiler Brennstoffe, von Lebensmitteln, von Futtermitteln und Fasern zu verzeichnen, der auch in Zukunft weiter anhalten werde. Bereits heute seien 60 Prozent der Ökosysteme, die diese Rohstoffe produzieren, geschwächt oder nicht mehr nachhaltig.

Daraus ergebe sich ein Wettbewerb um Ressourcen, welcher die Knappheit dieser Rohstoffe weiter verschärfe und den Preis in die Höhe treibe. Diese Entwicklung habe massive Auswirkungen auf die europäischen Volkswirtschaften. Ressourcenschonung sei die nachhaltige Antwort auf dieses Problem. Damit könne man nicht nur Kosten sparen, sondern sich auch einen langfristigen Wettbewerbsvorteil erarbeiten.

Durch den Aufbau einer Wirtschaft, die auf erneuerbaren Energien beruhe, könne Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. Damit müsse aber auch die Veränderung des Konsumverhaltens in der Bevölkerung einhergehen, ebenso wie die nachhaltige Aufarbeitung von Abfallstoffen. Eine Verlagerung weg von der Einkommensbesteuerung hin zu Umweltsteuern könne ebenfalls den nötigen Anreiz leisten, Rohstoffe in der EU zu schonen.

Dr.-Ing. Sonja Deppish (Vorsitzende der Forschungsgruppe Plan B:altic, Universität Hamburg) stellte das Projekt Plan B:altic vor und erläuterte die Herausforderungen für die urbane Raumordnung an der Ostseeküste mit Hinblick auf den Klimawandel.

Plan B:altic untersuche die Auswirkungen des Klimawandels auf die Städte in der Ostseeregion. Auswirkungen des Klimawandels stünden in Abhängigkeit zur geographischen Lage der Städte, darum sei es nur schwer möglich, allgemeingültige Aussagen zu treffen.

Man könne aber drei Haupterkennnisse festhalten: 1. Für Ballungsgebiete seien vor allem der Anstieg des Meeresspiegels, extreme Wetterereignisse und Fluten als Auswirkungen des Klimawandels von Bedeutung. 2. Die Auswirkungen des Klimawandels trafen in unterschiedlichem Ausmaß unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in städtischen Gebieten, Geschlecht und Alter seien dabei maßgebliche Faktoren. 3. Städte wie Kopenhagen, Helsinki und Rostock hätten bereits Maßnahmen ergriffen, die diese Einflüsse identifizierten, und Strategien entwickelt, die ihnen begegneten.

Plan B:altic unterstütze die Regionen durch fachübergreifende Forschung bei der Entwicklung dieser neuen Strategien. Es sei allerdings schwierig, tatsächliche Maßnahmen zu ergreifen. Zuverlässige Langzeitprognosen für die Stadtentwicklung, ebenso wie über die Auswirkungen des Klimawandels könnten nicht getroffen werden. Auch aufgrund der Wechselwirkungen zwischen Stadtentwicklung und Klimawandel sei es schwierig, langfristige Folgen abzuschätzen. Jedoch sei der Austausch während des Plan B:altic Workshops zwischen den Städten und relevanten Akteuren wichtig gewesen. Netzwerke seien geschaffen worden und es sei ein Bewusstsein für die Auswirkungen des Klimawandels auf den urbanen Raum bei relevanten Akteuren entstanden.

Dr. Florian Haug (Clean Gas International) stellte die Methode des Clean Gas International Unternehmens vor, Abfallstoffe in Öl zu verwandeln. Brennbarer Abfall wie z. B. Plastikmüll könne durch chemische Konversion in Diesel gewandelt oder durch Vergasung und anschließende Reinigung für Strom- und Wärmeproduktion gebraucht werden. Endabfallprodukte seien lediglich destilliertes Wasser sowie Asche und Klärschlamm.

Aire Olesk (Europäische Raumfahrtagentur, Estland) berichtete von der Möglichkeit der Umweltüberwachung durch den Gebrauch von Raumfahrttechnologien. Durch weltraumgestützte Beobachtungsinfrastrukturen könnten weltweit tagesaktuelle Informationen abgerufen werden, die in großer Auflösung und breitem Messwinkel bereitgestellt würden, auch durch Wolkenfelder hindurch. Damit könne der Katastrophenschutz verbessert werden, da eine effiziente Vorhersage Echtzeitentscheidungsfindung ermögliche. Durch die Möglichkeit, langfristig Klimadaten zu sammeln und zu archivieren, könne man darüber hinaus auch verlässliche Prognosen erstellen. Der Einsatz des Satelliten Cryosat habe zum Beispiel den Rückgang des Meereises identifiziert, mit Gnome 2 beobachte man die Regeneration der Ozonschicht.

Jörg Neubauer (Projektmanager, Schwedische Energieagentur), berichtete über die Ergebnisse des 2012 finalisierten BASREC-Programms – Baltic Sea Energy cooperation. Das Projekt habe das Ziel verfolgt, Ausbaupotenziale bei der Windenergie zu erkunden. Aktuell stünden sich politische Ambitionen der Ostseestaaten und Ressourcenpotenzial gegenüber. Zwar befürwortete die Mehrheit der Regierungen der Ostseeanrainer einen Ausbau der Windenergie, doch sei die Entwicklung von tragfähigen Netzen für große Windparks nicht gleichauf. Herausforderungen gebe es auch bei der Raumordnung, es bedürfe eines kohärenten, länderübergreifenden Ansatzes bei der Vergabeprozedur von geeigneten Gebieten. Auch müsse es neue und detailliertere Prozesse bei der Prüfung von möglichen Standorten geben.

Karin Nygård Skalman (Programmdirektorin von VINNOVA, Schweden) stellte die Innovationsförderung für die Ostseeregion der Schwedischen Regierung, VINNOVA vor. Um nachhaltige Ideen für die Ostseeregion zu finden, bringe VINNOVA verschiedene Akteure aus der Forschung, Wirtschaft und dem öffentlichen Sektor zusammen. Das Clean Water Projekt sei ein Beispiel des Programms. Dessen Ziel sei es, eine Kooperationsplattform zu errichten, mit der neue Produkte, Dienstleistungen und Innovationen entwickelt werden, die zur Verbesserung des Wasserschutzes beitragen. Es würden die Kompetenzen von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und von Forschungsnetzwerken der Region zusammengeführt, um so gemeinsam neue Geschäftsideen zu entwickeln und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Debatte

Danne Sundman (Abgeordneter, Åland) bekräftigte die Forderungen der Arbeitsgruppe „Grünes Wachstum und Energieeffizienz“, das öffentliche Bewusstsein zu den Themen der Energieeffizienz und „grünen Wirtschaft“ zu verbessern. Aufgeklärte Konsumenten könnten einen positiven Einfluss auf die Marktnachfrage grüner Energien haben.

Anite Brodén (Abgeordnete, Schweden) dankte der Arbeitsgruppe für den Bericht. Nachhaltige Lösungen für den Energiemarkt sollten mit Nachdruck von den Parlamentariern der Ostseeregion gefördert werden. In die Konferenzresolution sollten die folgenden Forderungen aufgenommen werden: 1. Die Abwasseraufbereitungskapazität müsse erhöht werden; 2. Der Ausbau der Infrastruktur der Ostseestaaten müsse weiter verfolgt werden; 3. Intelligente Stromnetze und deren Ausbau auf europäischer Ebene müssten stärker gefördert werden; 4. Die Ostseeparlamentarierkonferenz müsse den fünften Folgenabschätzungsbericht des IPCC (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen) anerkennen.

Tony Asumaa (Abgeordneter, Åland) lobte die Arbeit der Arbeitsgruppe. Die „grüne Wirtschaft“ schaffe neue Arbeitsplätze und erhöhe das Wirtschaftswachstum. Die Erkenntnisse des Berichts der Arbeitsgruppe eröffneten neue Lösungen und müssten deshalb den Regierungen der Mitgliedsstaaten zugeleitet werden. Für die Umsetzung „grüner Energieprojekte“ bräuhete es allein politischen Willen und die Unterstützung von öffentlich-privaten Partnerschaften.

Ryszard Gorecki, (Abgeordneter, Polen) berichtete vom Pilotprojekt der Universität Olsztyn. Das Projekt beinhalte die Einrichtung eines intelligenten Energienetzes, die Suche nach Lösungen bei der Verbesserung der Energiebilanz von Gebäuden sowie von umweltfreundlichen Verkehrsmitteln und den Bau von Nullenergiehäusern. Gleichzeitig bilde man Jugendliche in diesen Bereichen aus.

Vierter Sitzungsabschnitt: Kreative Ostseeregion

Deborah Dawton (Präsidentin des Büros der Europäischen Design Assoziation) erläuterte die politischen Handlungsempfehlungen des Lenkungsausschusses für europäisches Design der Europäischen Kommission. Mit dem Ziel, die Lebensqualität von EU-Bürgern durch intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu erhöhen, habe sich eine Experten-Gruppe aus Vertretern der Industrie, von mittelständischen Unternehmen, Designagenturen und der Wissenschaft zusammengefunden. Die Ergebnisse seien in Form von 21 Handlungsempfehlungen für strategisches Design im September 2012 auf dem Europäischen Design- und Innovationsgipfel in Helsinki präsentiert worden. Es sei u. a. vorgeschlagen worden, das Profil europäischen Designs auf internationaler Ebene zu schärfen, europäisches Design stärker in das europäische Innovationssystem einzubinden und von Designinnovationen auch im öffentlichen Sektor Gebrauch zu machen, Design auf die Forschungsagenda der Europäischen Union zu setzen, Designkooperation zu fördern und schließlich Design in Innovationsprojekte zu integrieren.

Prof. Dr. Peter A. Bruck (Vorsitzender des Vorstands des UNO-Weltgipfels der Informationsgesellschaft) stellte die Weltgipfelauszeichnung vor. Mit dem Preis würden Ideen honoriert werden, die einen Beitrag zur Wissensgesellschaft leisteten. Menschen aus allen Teilen der Welt bekämen die Möglichkeit, ihre Innovationen aus dem Bereich der Informationsbranche vorzustellen. Dabei liege der Fokus auf dem Gebrauchswert der vorgestellten Innovationen und nicht unmittelbar auf deren technischer Neuheit. Als Beispiel dafür könne das neue E-Government Estlands dienen, welches bürokratische Hürden für Unternehmer herabsetze. In diesem Jahr hätten sich 461 Kandidaten beworben, davon würden 40 die Möglichkeit bekommen, ihre Ideen im Oktober 2013 in Tallinn zu präsentieren.

Priit Salumaa (Mitgründer der „Garage 48“ Stiftung) stellte die Idee eines sogenannten „Hackathons“ vor: Eine Gruppe von soft- und hardwareversierten Spezialisten treffe sich für die Dauer eines Wochenendes und konstituiere ad-hoc Teams zu Gründungsideen, die vor Ort entstünden.

Mikael Sjövall (Kommunikationsmanager der Nordischen Umweltfinanzierungsgesellschaft NEFCO) erörterte die zwei zentralen Themen NEFCOs - grünes Wachstum und Innovation. Um den ökologischen Zustand der Ostsee zu verbessern, sei es notwendig, über den Teller- rand zu schauen. NEFCO verwalte 549 Millionen Euro und sei die einzige Finanzinstitution der Welt, die ausschließlich Umweltprojekte finanziere. Der Ostseeaktionsfonds, dessen Ziel es sei, die Verschmutzung der Ostsee zu bekämpfen, gehöre ebenfalls zu ihrem Portfolio. Es gebe vor allem im Seeverkehr große Potenziale, Verschmutzung zu reduzieren, da Abfälle durchaus als Ressource verstanden werden könnten. Die Produktion von Biogas könnte beispielsweise zu einem lukrativen Geschäftsfeld in der Ostseeregion werden.

Berichte der BSPC Berichterstatter

Jochen Schulte (Abgeordneter Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland) und **Roger Jansson** (Abgeordneter, Åland) informierten über die Entwicklungen in der Integrierten Meerespolitik. Seit der Ostseeparlamentarierkonferenz in St. Petersburg seien dazu mehrere wichtige Regelungen auf EU-Ebene verabschiedet und angestoßen worden, so Jochen Schulte. Im April 2013 habe in Schwerin eine Konferenz zur Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft der Ostseeregion stattgefunden. Die Konferenzteilnehmer hätten sich darauf verständigt, dass nachhaltige Meerestechnologien, alternative Antriebssysteme und sichere Technologien zur Effizienzsteigerung sowie Emissionsverringerung für die Entwicklung der Region unabdingbar seien.

Der Offshore-Windenergiesektor wachse beständig, jedoch könnten politische Unsicherheiten diese positive Entwicklung behindern. Die EU sichere durch das 2020-Horizont-Programm Mittel zur Weiterentwicklung von Prototypen zu marktfähigen Produkten zu.

Darüber hinaus habe das XI. Parlamentsforum Südliche Ostsee mehrere politische Handlungsempfehlungen zum Thema der Integrierten Meerespolitik verabschiedet. Dazu gehörten die Forderungen nach größeren wirtschaftlichen Anreizen für die Entwicklung innovativer Meerestechnologien, der Vereinheitlichung von Logistiktechnologien sowie Infrastrukturen zu Land als auch die Verkürzung der Hafentiegezeiten.

Jochen Schulte informierte auch über die Änderung der Richtlinie 1999/32/EG, über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe.

Roger Jansson fasste zusammen, dass flüssiges Erdgas (LNG) anderen momentan erhältlichen Brennstoffen überlegen sei. Allerdings bedürfe es einer Tankstelleninfrastruktur in den Häfen der Ostseeregion, was zu einer Preissteigerung von 30 Prozent führen würde und damit keine wirtschaftliche Alternative zu Diesel mit niedrigem Schwefelgehalt darstelle. Die Investition in Scrubbertechnologien könne eine günstigere Alternative sein, die aber die Beförderungskapazität auf Frachtschiffen stark verringern würde. Gleichfalls müsse der Energieverbrauch von Schiffen gesenkt werden, dazu gehöre auch die Verringerung der Wartezeiten in den Häfen. Außerdem müsse analysiert werden, ob finanzielle Anreize für die Flottenmodernisierung für die Meereswirtschaft rentabel seien.

Johan Linander (BSPC Berichterstatter für den Menschenhandel) präsentierte den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe. Menschenhandel müsse als neue Form der Sklaverei verstanden werden. Zwar habe der überwiegende Teil der Ostseestaaten Maßnahmen gegen Menschenhandel ergriffen, jedoch könnten handfeste Ergebnisse nicht vorgewiesen werden. Innerhalb der Arbeitsgruppe habe man Empfehlungen erarbeitet, die einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung von Menschenhandel leisten könnten. Strafverfolgungssondereinheiten müssten geschaffen werden, die mit Nachdruck gegen Menschenhandel vorgehen. Um Zwangsarbeit, Kinderarbeit und organisierte Bettelei zu erkennen, müssten Polizisten eine adäquate Ausbildung erhalten. Gleichfalls sei es unabdingbar sicherzustellen, dass Rechtsvorschriften alle Formen des Menschenhandels und nicht nur sexuelle Ausbeutung erfassten und alle beteiligten Akteure zur Rechenschaft gezogen würden. Die obligatorische Mindeststrafe für Menschenhandel müsse hoch genug sein, um abschreckend zu wirken. Opferbetreuung solle kein Teil des Gerichtsverfahrens sein, Opfer sollten auch im Falle einer Aussageverweigerung geschützt werden. Die zwischenstaatliche Kooperation bei der Verfolgung von Menschenhandel solle verbessert werden.

Abschließende Sitzung der Ostseeparlamentarierkonferenz

Laine Randjärv (Vorsitzende des BSPC) stellte den Entwurf des Mandats der neuen Arbeitsgruppe „Innovation im Sozial- und Gesundheitswesen“ sowie das Arbeitsprogramm des BSPC für 2013/2014 vor. Die Konferenzresolution und das neue Arbeitsprogramm wurden einstimmig angenommen. Dem Mandat der neuen Arbeitsgruppe wurde zugestimmt.

Die Vorsitzende fasste zusammen, dass die Ostseeparlamentarierkonferenz eine einzigartige Plattform für die Staaten der Ostseeregion sei, die zukünftig intensiver genutzt werden sollte, um praktische Initiativen umzusetzen. Gleichsam müssten sich die Ostseestaaten stärker im globalen Wettbewerb positionieren und ihren Innovationsvorsprung weiter ausbauen. Forschung und Entwicklung in der Ostseeregion sollten mehr Aufmerksamkeit von der Europäischen Union erhalten.

Die Welt verändere sich rasant, Globalisierung und der demografische Wandel stellten die Region vor neue Herausforderungen, die auch unter Einbindung der Bürger gelöst werden müssten.

Abschließend übergab Laine Randjärv den Vorsitz der Ostseeparlamentarierkonferenz an das polnische Parlament und überreichte den Vorsitzenden-Hammer an **Ryszard Górecki**. Der neue Vorsitzende lud die Anwesenden zu 23. Ostseeparlamentarierkonferenz am 24. bis 26. August 2014 nach Olsztyn, Polen, ein.



Konferenzresolution

angenommen von der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion*, die am 26. und 27. August 2013 in Pärnu (Estland) zusammengekommen sind,

die Themen "Zusammenarbeit in der Ostseeregion", "Wirtschaftswachstum und Innovationen", "grünes und blaues Wachstum" und "kreatives Unternehmertum" erörternd,

unter Betonung der Bedeutung der parlamentarischen Dimension der Zusammenarbeit in der Ostseeregion und in der Feststellung, dass diese die demokratische Legitimität der Zusammenarbeit stärkt,

unter Bekräftigung ihres Bekenntnisses zu den Grundsätzen der nachhaltigen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und an die Regierungen appellierend, sich ernsthaft und entschlossen um die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans zu bemühen,

unter Betonung der für beide Seiten nützlichen Interaktion zwischen dem Ostseerat und der Ostseeparlamentarierkonferenz auf allen Ebenen und in allen Bereichen und unter Anerkennung der Tatsache, dass eine enge Koordinierung zwischen Legislative und Exekutive die Umsetzung von Programmen und Projekten zugunsten der Ostseeregion und ihrer Bürgerinnen und Bürger begünstigen wird,

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

in Bezug auf die Zusammenarbeit in der Region

1. für die effektive und systematische Umsetzung der gemeinsam auf der Grundlage regionaler Strategien und politischer Maßnahmen festgelegten prioritären Projekte in der Ostseeregion zu sorgen und dabei regionale Kooperationsstrukturen wie die Nördliche Dimension und Regionalräte zu nutzen;
2. sich nachhaltig für die Förderung der Mobilität innerhalb der Region einzusetzen, insbesondere durch die Bekämpfung bürokratischer und physischer Hürden wie Zollbestimmungen und -verfahren und Visabeschränkungen zwischen Schengen-Staaten und Nicht-Schengen-Staaten;
3. unverzüglich weitere Maßnahmen zur Reduzierung der Eutrophierung und Verschmutzung der Ostsee zu treffen, vor allem durch gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung der Kapazitäten für die Aufbereitung von Abwässern;

4. die Gründung und Tätigkeit demokratischer nichtstaatlicher Organisationen in der Ostseeregion zu unterstützen und ihre internationale Zusammenarbeit und Aktivitäten politisch und finanziell zu unterstützen;
5. die Bedeutung des Ostsee-Jugendsekretariats für die Zusammenarbeit im Jugendbereich in der Ostseeregion anzuerkennen und dessen Arbeit sowie die Einsetzung eines jährlich stattfindenden Ostsee-Jugendforums zu unterstützen und in diesem Zusammenhang auch den Beschluss des XI. Ostsee-NGO-Forums zur Schaffung eines Ostsee-Jugendnetzwerks zu unterstützen sowie darüber hinaus die Notwendigkeit der kontinuierlichen Stärkung und Gewährleistung effektiver Methoden und Lösungen für eine verbesserte Zusammenarbeit hervorzuheben;
6. die zentrale politische Stellung des Ostseerates in der Ostseeregion im Hinblick auf die Schaffung und Umsetzung einer gemeinsam vereinbarten strategischen Vision für die Region auf bestmögliche Weise zu nutzen;

in Bezug auf Wachstum, Innovationen, Kreativität und Unternehmertum in der Ostseeregion

7. Aufklärungsmaßnahmen im Hinblick auf die Notwendigkeit von Innovationen für die nachhaltige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Region zu initiieren und zu unterstützen und dabei einen umfassenden Ansatz zu verfolgen, der Innovationen als wichtiges Element bei der Herstellung von Waren und Bereitstellung von Dienstleistungen anerkennt;
8. ein günstiges Innovationsklima zu fördern, beispielsweise durch die Entwicklung nationaler Innovationsprogramme und -strategien und durch die Aufforderung an öffentliche Organisationen und Behörden, Aktionspläne für innovatives Management und innovative Geschäftstätigkeit zu verabschieden;
9. innovatives Wissen und innovative Fertigkeiten in Grundschulen und weiterführenden Schulen, Berufsausbildung und Studium beispielsweise dadurch zu fördern, dass das Thema "Innovation" einen höheren Stellenwert in den Lehrplänen erhält und Ressourcen für Grundlagenforschung und -entwicklung bereitgestellt;
10. den demographischen Wandel auch als Quelle für Innovationen zu betrachten, wobei besonderes Augenmerk auf die Entwicklung und Vermarktung barrierefreier Angebote und Dienstleistungen gerichtet werden sollte;
11. Maßnahmen zur Gewährleistung eines geeigneten Regulierungsumfelds zu treffen, der Innovationen fördert und bürokratische Hemmnisse beseitigt;
12. die Kreativwirtschaft als Motor von Wachstum und Beschäftigung zu fördern;
13. steuerliche Anreize für Innovation zu schaffen, z.B. Steuererleichterungen zur Stimulierung der Gründung und des Wachstums innovativer Unternehmen und Dienstleistungen;
14. zwecks Stärkung der maritime Wirtschaft zu prüfen, ob und wie (gegebenenfalls) wirtschaftliche Anreize für die Flottenmodernisierung in Betracht gezogen werden können;
15. Die Verfügbarkeit von und den Zugang zu Mitteln und Anschubfinanzierungen zur Unterstützung innovativer Initiativen und Unternehmen zu gewährleisten und die Entwicklung bankfähiger Projekte im Bereich Innovation zu fördern;

16. die Bedeutung von Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor in der Ostseeregion zur Kenntnis zu nehmen und die Einsetzung der Pilot-Finanzinitiative des Ostseerates (*CBSS Pilot Financial Initiative*, PFI) als neuen Mechanismus der Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor zu begrüßen und die Finanzinstitutionen in der Region aufzufordern, sich der PFI anzuschließen;
17. Synergien und Mehrwert durch den Ausbau der interregionalen Zusammenarbeit im Bereich Innovationen in der Ostseeregion zu nutzen, beispielsweise durch die Unterstützung von Mobilität und Verbreitung von Wissen und Innovationsnetzwerken und -clustern (innerhalb bestimmter Sektoren und sektorübergreifend);
18. Maßnahmen zur Freisetzung des im Küsten- und Meeresbereich vorhandenen Potenzials zu treffen, was zu nachhaltigen Wachstums- und Beschäftigungschancen führt;
19. Innovationen, Wachstum und Zusammenarbeit in der maritimen Wirtschaft zu stärken, beispielsweise durch die Unterstützung von Forschung und Entwicklung in Meerestechnologien wie alternativen Antriebssystemen sowie im Bereich der neu entstehenden maritimen Sektoren wie der blauen Biotechnologien, Aquakultur und Offshore-Energie, durch Förderung der interregionalen Zusammenarbeit in der Schifffahrt und im Schiffsbau und Entwicklung von Logistik und Infrastruktur, beispielsweise im Hinblick auf die Bereitstellung von Flüssiggas (LNG) und Strom in den Ostseehäfen;
20. das Unternehmertum und eine gemeinsame transnationale Kooperationsplattform für den Tourismus zu fördern, da der Tourismus ein Sektor ist, der erheblich zu Innovation und Wachstum in der Ostseeregion beitragen kann, und darüber hinaus den Schwerpunkt auf den Küsten- und Meerestourismus zu legen;
21. Maßnahmen zur Harmonisierung des Arbeitsmarkts und der Sicherheitsstandards für Beschäftigte in der Kreativwirtschaft zu treffen und Aktionspläne für mehr Transparenz, Toleranz und Vielfalt in der Gesellschaft als Schlüsselemente für die Kreativwirtschaft auf den Weg zu bringen;
22. sich dafür einzusetzen, dass die Transformation in eine wissensbasierte Gesellschaft nicht auf Kosten des wirtschaftlichen Fortschritts oder der Lebensbedingungen in städtischen und ländlichen Gebieten geschieht, z.B. durch die Förderung von Innovationsclustern in den Städten und auf dem Land;
23. die Finanzierung von Projekten, die sich mit dem Thema "Kultur und kulturelle Identität" befassen, und Modellprojekte in der Kreativwirtschaft zu unterstützen;

in Bezug auf grünes Wachstum und Energieeffizienz

24. die Maßnahmen zur Schaffung eines öffentlichen Bewusstseins im Hinblick auf die Frage zu verstärken, inwieweit grünes Wachstum und Energieeffizienz das Sozialsystem und die wirtschaftliche Entwicklung in der Region unterstützen können;
25. die Zusammenarbeit bei der Entwicklung gemeinsamer technischer Standards und Bauordnungen, die die Qualität von Bauten, gemeinsamer Regeln für die Anerkennung und Evaluierung von Sachverständigen für Baubewertung und gegebenenfalls gemeinsamer Kriterien für ein grünes öffentliches Beschaffungswesen zu stärken, um einen größeren Markt für neue Produkte und innovative Lösungen zu schaffen, die grünes Wachstum unterstützen;

26. die Maßnahmen der nationalen Netzbetreiber zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Verknüpfung nationaler Leitungen in Abstimmung mit Vereinbarungen auf erweiterter europäischer Ebene zu unterstützen und zu verstärken, um Investitionen in die Produktion erneuerbarer Energien – auch im Offshore-Bereich – zu unterstützen und zur Energieversorgungssicherheit beizutragen;
27. Finanzierungsprogramme weiterzuentwickeln und umzusetzen, die grünes Wachstum und Energieeffizienz fördern, und rechtliche Bestimmungen zu entwickeln, die die innovative Finanzierung von Energieeffizienzinvestitionen in Infrastruktur, Unternehmen und Gebäuden unterstützen;
28. die Entwicklung neuer sauberer Technologien zu fördern und die Nutzung der besten derzeit vorhandenen Technologien zu unterstützen, um die Sicherheit im Seeverkehr zu verbessern und saubere Treibstoffe sowie energieeffiziente Lösungen für den Land- und Seetransport in der Ostseeregion zu entwickeln;
29. vor dem Hintergrund der bevorstehenden Verschärfung der Grenzwerte für Schwefel-emissionen in den Schwefelemissions-Kontrollzonen die Bemühungen der Helsinki-Kommission zur Gründung einer "Plattform für grüne Technologie und alternative Treibstoffe im Bereich der Seeschifffahrt" ("Green Technology and Alternative Fuels Platform for Shipping") zu unterstützen;
30. die Resultate der Konferenz der Staatschefs der Ostseestaaten zum Umweltschutz (St. Petersburg, 5.-6. April 2013) im Rahmen des russischen Vorsitzes im Ostseerat als wichtigen Schritt in Richtung Umweltsanierung in der Ostseeregion zu begrüßen;

in Bezug auf den Menschenhandel

31. die zehn Empfehlungen der Berichtersteller über Menschenhandel der Ostseeparlamentarierkonferenz aufzugreifen, die in ihrem der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz in Pärnu (Estland) vorgelegten Abschlussbericht zu finden sind.

Darüber hinaus beschließt die Konferenz,

32. eine Arbeitsgruppe "Innovationen für soziale Betreuung und Gesundheitsversorgung" einzusetzen, die im Rahmen der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz einen ersten Bericht vorlegen soll;
33. die Arbeit des IPCC in Bezug auf den bevorstehenden Fünften Sachstandsbericht (AR5) zur Kenntnis zu nehmen und über dessen Auswirkungen auf die Ostseeregion zu beraten;
34. das Arbeitsprogramm der Ostseeparlamentarierkonferenz für 2013-2014 anzunehmen;
35. das freundliche Angebot des Parlaments der Republik Polen, die 23. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 24. bis 26. August 2014 in Olsztyn auszurichten, dankbar zu begrüßen.

* Die Parlamente der Freien und Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Hamburg, Islands, der Republik Karelrien, Lettlands, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Staatsduma der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln, der Baltischen Versammlung, des Europäischen Parlaments und des Nordischen Rates.



Conference Resolution

Adopted by the 22nd Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The participants, elected representatives from the Baltic Sea Region States*, assembling in Pärnu, Estonia, 26-27 August 2013,

discussing Co-operation in the Baltic Sea Region, Economic Growth and Innovation, Green and Blue Growth and Energy Efficiency, and Creative Entrepreneurship,

emphasizing the importance of the parliamentary dimension of cooperation in the Baltic Sea Region, and asserting that it strengthens the democratic legitimacy of cooperation,

reaffirming their commitment to the principles of sustainable ecological, economic and social development, and reiterating their appeal to governments to make sincere and forceful efforts to implement the HELCOM Baltic Sea Action Plan,

stressing the mutually beneficial interaction between CBSS and BSPC at all levels and in all fields, and acknowledging that a close coordination between the legislative and executive branches will facilitate the implementation of programmes and projects for the benefit of the Baltic Sea Region and its citizens,

call on the governments in the Baltic Sea Region, the CBSS and the EU,

Regarding Co-operation in the Region, to

1. ensure effective and systematic implementation of priority projects in the Baltic Sea region, jointly identified on the basis of regional strategies and policies, and to use regional cooperation structures such as the Northern Dimension and Regional Councils in this work;
2. make sustained efforts to facilitate mobility within the Region, in particular by tackling administrative and physical hurdles, such as customs regulations and practices and visa restrictions, between Schengen and non-Schengen countries;
3. promptly undertake further action in order to reduce eutrophication and pollution of the Baltic Sea, in particular by joint efforts to improve the capacity for purification of sewage waste;
4. facilitate the establishment and work of democratic NGOs in the Baltic Sea Region, and to provide political and financial support for their international cooperation and activities;
5. acknowledge the importance of the Baltic Sea Secretariat for Youth Affairs for youth cooperation in the Baltic Sea Region, and to support its work as well as the establishment of an annual Baltic Sea Youth Forum; in this regard, to support also the decision of the XI Baltic Sea NGO Forum on the creation of a Baltic Sea Youth Network; and furthermore to underline the need to continuously strengthen and ensure effective methods and solutions for improved cooperation;

6. make the utmost use of the CBSS core political position in the BSR in creating and implementing a commonly agreed strategic vision of the region;

Regarding Growth, Innovation, Creativity and Entrepreneurship in the Baltic Sea Region”, to

7. initiate and support awareness-raising activities on the necessity of innovation for the sustainable development and competitiveness of the Region, applying a comprehensive approach that recognizes innovation as a key element both in the production of goods and the provision of services, and places strong emphasis on environmental sustainability and social cohesion;

8. foster a conducive climate for innovation, for instance by developing national programmes and strategies for innovation and by instructing public agencies and authorities to adopt action plans for innovative management and operations;

9. promote innovative knowledge and skills in basic, vocational and higher education, for instance by making innovation a more explicit strand in educational curricula and by allocating resources to basic R&D on innovation;

10. handle the demographic change also as a source for innovation, where special attention should be put on the development and marketing of barrier-free offers and services;

11. take measures to ensure an appropriate regulatory environment that encourages innovation and eliminates bureaucratic obstacles;

12. support the creative industries as an engine of growth and employment;

13. provide fiscal incentives for innovation, such as tax reliefs, to stimulate the establishment and growth of innovative enterprises and services;

14. in order to strengthen the maritime economy, evaluate if and how (when applicable) economic incentives can be considered for fleet modernization;

15. ensure availability of and access to funding and seed money to support innovative initiatives and enterprises, and to facilitate the development of bankable projects in the field of innovation;

16. note the importance of public-private partnership in the Baltic Sea Region, welcome the establishment of the CBSS Pilot Financial Initiative (PFI) as a new mechanism of public-private partnership, and encourage financial institutions in the Region to join the PFI;

17. exploit the synergies and added value by enhancing interregional cooperation on innovation in the Baltic Sea Region, e g by facilitating mobility and by supporting knowledge diffusion, networks and clusters on innovation both within and between sectors;

18. take measures to unlock the potential that exists in the coastal and marine environment, which will lead to sustainable growth and employment opportunities;

19. strengthen innovation, growth and cooperation within the maritime economy, e.g. by supporting research and development in marine technologies, such as alternative propulsion systems, and in emerging maritime sectors, such as blue biotechnologies, aquaculture and offshore energy; by facilitating interregional cooperation in shipping and ship-building; and by developing logistics and infrastructure, for example for the provision of LNG and electricity in Baltic Sea ports;
20. promote entrepreneurship and a joint transnational cooperative platform for tourism, being a sector that can contribute substantially to innovation and growth in the Baltic Sea Region; furthermore to focus on coastal and maritime tourism;
21. take measures to harmonize labour market and security standards for employees in the creative economy, and launch action plans for enhanced transparency, tolerance and diversity in society, being key elements in a creative economy;
22. make efforts to ensure that the transformation to a knowledge-based society is not detrimental to economic progress or living conditions in urban and rural areas, e.g. by promoting urban-rural innovation cluster opportunities;
23. support the funding of projects devoted to "Culture and cultural identity" and model projects in the sector of creative industries;

Regarding Green Growth and Energy Efficiency, to

24. strengthen efforts to create public awareness on how green growth and energy efficiency can support social welfare and economic development in the Region;
25. strengthen cooperation for developing common technical standards and building codes defining quality of building, common rules of recognition and evaluation of experts for building evaluation, as well as for developing common criteria for green public procurement (GPP), where appropriate, in order to create a larger market for new products and innovative solutions that support green growth;
26. support and strengthen efforts by the national grid operators, co-ordinated with agreements on a broader European scale, to improve the connections of national grids across borders, in order to facilitate investments in renewable energy production, including offshore, and contribute to energy supply security;
27. further develop and implement financing schemes that support green growth and energy efficiency, and to develop legislation that facilitates innovative financing of energy efficiency investments in infrastructure, businesses and buildings;
28. to encourage the development of new cleaner technologies and support the use of best currently available technologies in order to improve maritime safety, develop clean fuels and energy efficient solutions for both land and water transport in the Baltic Sea Region;
29. against the background of the upcoming tightening of the limits for sulfur emissions in the Sulfur Emission Control Areas, to support efforts of the Helsinki Commission to found a "Green Technology and Alternative Fuels Platform for Shipping";
30. welcome the results of the Conference of the Heads of the Baltic Sea states on environmental protection (St. Petersburg, April 5-6, 2013), held in the framework of the Russian chairmanship in the CBSS, as an important step towards environmental rehabilitation in the BSR;

Regarding Trafficking in Human Beings, to

31. follow up the 10 recommendations drawn up by the BSPC Rapporteurs on THB in their final report presented to the 22. BSPC in Pärnu, Estonia;

Furthermore the Conference Decides to

32. establish a Working Group on Innovation in Social and Health Care, to submit a first report at the 23rd BSPC;

33. note the work of the IPCC in relation to the forthcoming 5th Assessment Report (AR5), and to deliberate on its implications for the Baltic Sea Region;

34. adopt the BSPC Work Programme for 2013-2014;

35. welcome with gratitude the kind offer of the Parliament of Poland to host the 23rd Baltic Sea Parliamentary Conference in Olsztyn on 24-26 August 2014.

* Parliaments of Free Hanseatic City of Bremen, Denmark, Estonia, Finland, Federal Republic of Germany, Free and Hanseatic City of Hamburg, Iceland, Republic of Karelia, Latvia, Lithuania, Mecklenburg-Vorpommern, Norway, Poland, Council of Federation of the Federal Assembly of the Russian Federation, State Duma of the Federal Assembly of the Russian Federation, City of St. Petersburg, Schleswig-Holstein, Sweden, Åland Islands, Baltic Assembly, European Parliament, Nordic Council.



Резолюция Конференции

принята на XXII Парламентской конференции Балтийского моря
(ПКБМ)

Участники Конференции, выборные представители государств Балтийского моря*, собравшись в Пярну, Эстония, 26-27 августа 2013 года,

обсуждая вопросы Сотрудничества в регионе Балтийского моря, Экономического роста и Инноваций, «Зеленого» и «Синего» экологического роста, Энергоэффективности, Креативного предпринимательства;

подчеркивая важность парламентского измерения в сотрудничестве в Регионе Балтийского моря и утверждая, что оно укрепляет демократическую легитимность сотрудничества;

подтверждая свою приверженность принципам устойчивого экологического, экономического и социального развития и повторяя свой призыв правительствам предпринять искренние и действенные усилия к реализации Плана действий ХЕЛКОМ по Балтийскому морю,

отмечая взаимовыгодное взаимодействие между СГБМ и ПКБМ на всех уровнях и во всех сферах и признавая, что тесная координация между законодательной и исполнительной ветвями власти будет облегчать осуществление программ и проектов на благо Региона Балтийского моря и его граждан,

призывают правительства региона Балтийского моря, СГБМ и ЕС:

В отношении сотрудничества в Регионе -

1. обеспечить эффективное и систематическое выполнение приоритетных проектов в регионе Балтийского моря, определенных совместно на основе региональных стратегий и курсов, а также использовать в этой работе структуры регионального сотрудничества, такие как Северное Измерение и Региональные советы;

2. предпринимать устойчивые усилия для облегчения мобильности внутри Региона, в частности, посредством борьбы с административными и физическими барьерами, такими как таможенные регламенты и практики, и визовые ограничения между странами, входящими и не входящими в Шенгенскую зону;

3. оперативно предпринять дальнейшие действия с целью снижения эвтрофикации и загрязнения Балтийского моря, в частности, посредством совместных усилий по наращиванию мощностей по очистке сточных вод;

4. облегчать создание и работу демократических НКО в Регионе Балтийского моря, предоставлять политическую и финансовую поддержку их международному сотрудничеству и деятельности;

5. признать важность Секретариата Балтийского моря по делам молодежи для молодежного сотрудничества в Регионе Балтийского моря и поддерживать его работу, равно как и создание ежегодного Молодежного Форума Балтийского моря; в этой связи, также поддерживать решение XI Форума НПО Региона Балтийского моря по созданию Сети молодежного сотрудничества стран Балтийского моря; и подчеркнуть необходимость непрерывного усиления и обеспечения наличия эффективных методов и решений для улучшения сотрудничества;

6. максимально использовать центральное политическое положение СГБМ в Регионе Балтийского моря (РБМ) для создания и выполнения совместно согласованного стратегического видения региона;

В отношении роста, инноваций, креативности и предпринимательства в Регионе Балтийского моря -

7. инициировать и поддерживать действия по информационной поддержке необходимости инноваций для обеспечения устойчивого развития и конкурентоспособности Региона, применяя комплексный подход, который признает инновации в качестве ключевого элемента как производства товаров, так и предоставления услуг, и всячески подчеркивает экологическую устойчивость и социальную сплоченность;

8. поддерживать и развивать благоприятные условия для инноваций, в частности, путем разработки государственных инновационных программ и стратегий, указаний государственным органам и властям по принятию планов мероприятий, направленных на инновативное управление и работу;

9. продвигать инновационные знания и навыки в сфере среднего, профессионально-технического и высшего образования, например, путем превращения инноваций в более выраженное направление учебных программ и выделения ресурсов на фундаментальные исследования и разработки в области инноваций;

10. использовать также демографические изменения как источник инноваций, где особое внимание должно уделяться развитию и продвижению свободных от пограничных барьеров предложений и услуг;

11. предпринимать меры для обеспечения должной регулятивной среды для стимулирования инноваций и устранения бюрократических барьеров;

12. поддерживать креативные отрасли как двигатель роста и занятости;

13. предоставлять бюджетно-налоговые стимулы инноваций, в частности налоговые льготы для стимулирования создания и роста инновативных предприятий и услуг;

14. с целью усиления морской экономики оценить, возможность и пути, где это применимо, рассмотрения экономических стимулов для ускорения модернизации судов;

15. обеспечивать наличие и доступность финансирования и стартового капитала в поддержку инновационных инициатив и предприятий, содействовать разработке пригодных для банковского финансирования проектов в сфере инноваций;

16. обратить внимание на важность государственно-частного партнерства в Регионе Балтийского моря и приветствовать учреждение СГБМ Пилотной финансовой инициативы (ПФИ) как нового механизма государственно-частного партнерства, а также призвать финансовые институты в Регионе присоединиться к ПФИ;

17. использовать синергию и дополнительную выгоду путем усиления межрегионального сотрудничества по инновациям в Регионе Балтийского моря, например, путем облегчения мобильности и поддержки распространения инновационных знаний, связей и кластеров, как внутри отраслей, так и между ними;

18. принять меры по обнаружению потенциала, имеющегося в прибрежной и морской средах, который может привести к устойчивому росту и возможностям по повышению занятости;

19. укреплять инновации, рост и сотрудничество в морской экономике, например, путем поддержки исследований и разработок в сфере морских технологий, таких как альтернативные двигательные установки, а также в развивающихся морских секторах, таких как «голубые» биотехнологии, аквакультура и энергия шельфа, облегчения межрегионального сотрудничества в судоходстве и судостроении, развития логистики и инфраструктуры, в частности, для снабжения СПГ и электроэнергией в портах Балтийского моря;

20. продвигать предпринимательство и совместную транснациональную платформу кооперации для туризма как отрасли, способной существенно содействовать инновациям и росту в Регионе Балтийского моря, уделяя особое внимание прибрежному и морскому туризму;

21. предпринимать меры для гармонизации рынка труда и стандартов обеспечения работников в условиях креативной экономики, принимать планы действий для усиления прозрачности, толерантности и разнообразия в обществе как ключевых элементов креативной экономики;

22. прилагать усилия к тому, чтобы переход к обществу, основанному на знаниях, не оказывался отрицательным для экономического прогресса и условий жизни в городских и сельских районах, в частности, путем поддержки возможностей для инновационного кластера между городами и сельскими районами;

23. обеспечивать поддержку финансирования проектов, посвященных «Культуре и культурной идентичности», и модельных проектов в сфере креативных отраслей;

В отношении экологичного роста и энергоэффективности -

24. наращивать усилия по осведомленности и пониманию общественностью того, как экологичный «зеленый» рост и энергоэффективность могут поддерживать социальное благополучие и экономическое развитие в Регионе;

25. укреплять сотрудничество для развития единых технических стандартов и строительных правил, определяющих качество постройки, единых правил признания и оценки строительных экспертов, единые критерии экологичного государственного заказа, где это уместно, в целях расширения рынка для новых продуктов и инновационных решений, поддерживающих экологичный «зеленый» рост;

26. поддерживать и наращивать усилия операторов национальных энергосистем, гармонизированные с соглашениями по расширению европейской сети, направленные на усовершенствование соединений энергосистем стран через границы, в целях облегчения инвестиций в производство энергии из возобновляемых источников, включая шельф, и содействия укреплению безопасности энергоснабжения;

27. продолжать разработку и внедрение схем финансирования, которые способствуют экологичному «зеленому» росту и энергоэффективности, разрабатывать законодательство, облегчающее инновативное финансирование инвестиций в повышение энергоэффективности в инфраструктуре, бизнесе и строительстве;

28. стимулировать развитие новых более чистых технологий и поддерживать использование наилучших ныне доступных технологий в целях повышения безопасности морского транспорта, разработки чистых видов топлива и энергоэффективных решений для сухопутного и водного транспорта в Регионе Балтийского моря;

29. на фоне предстоящего ужесточения ограничений эмиссии серы в Зонах контроля за выбросом серы поддержать усилия Хельсинкской Комиссии по учреждению «Платформы «зеленых» технологий и альтернативного топлива для судов»;

30. приветствовать результаты Конференции глав государств Балтийского моря по защите окружающей среды (С.-Петербург, 5-6 апреля 2013 г.), проведенной в рамках председательства России в СГБМ, как важный шаг на пути к восстановлению экологии в Регионе Балтийского моря;

В отношении борьбы с торговлей людьми -

31. следить за реализацией 10 рекомендаций, выдвинутых Докладчиками ПКБМ по борьбе с торговлей людьми в Заключительном докладе, представленном на XXII ПКБМ в Пярну, Эстония;

Кроме того, Конференция -

32. создает Рабочую группу по инновациям в социальной сфере и здравоохранении для представления отчета на XXIII Конференции ПКБМ;

33. принимает к сведению работу МГЭИК над предстоящим 5-ым Докладом экспертов (AR5) и рассмотрит его в отношении региона Балтийского моря;

34. принимает Рабочую программу ПКБМ на 2013-14 гг.

35. с благодарностью приветствует любезное приглашение Сейма Республики Польша провести XXIII Парламентскую Конференцию Балтийского моря 24-26 августа 2014 года в г. Ольштын.

* Парламенты и законодательные собрания Свободного Ганзейского города Бремен, Дании, Эстонии, Финляндии, Федеративной республики Германии, Свободного Ганзейского города Гамбург, Исландии, Республики Карелия, Латвии, Литвы, Мекленбурга-Передней Померании, Норвегии, Польши, Совета Федерации и Государственной Думы Федерального собрания Российской Федерации, Санкт-Петербурга, Шлезвиг-Гольштейна, Швеции, Аландских островов, Балтийской Ассамблеи, Европейского Парламента, Северного Совета.